



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

D., R.: Die letzte Congreßbotschaft des Präsidenten Hayes.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

hervortreten, so war unsere Absicht, zu verhindern, daß sich diejenigen, welche zufällig die letztern zuerst aufschlagen möchten, etwa vom Weiterlesen abhalten lassen.

Wir wünschen Kosegger Leser in den weitesten Kreisen; sie werden gleich uns Freude und Erquickung schöpfen aus dem Schönen und Guten, das er uns in so reicher Fülle bietet.



Die letzte Congressbotschaft des Präsidenten Hayes.



ie Jahresbotschaft des Präsidenten Hayes, mit welcher der jetzt tagende Congress der Vereinigten Staaten am 6. December v. J. eröffnet wurde, enthält, wie von der „Times“ nicht mit Unrecht bemerkt wurde, allerdings einige Punkte, die darnach angethan sind, nicht nur den Meid eines einzelnen europäischen Staates, sondern den Meid von ganz Europa wachzurufen; andererseits zeigen sich aber auch neben manchen Lichtpunkten verschiedene Schattenseiten, deren Abstellung im Interesse der Union zu wünschen und anzustreben wäre, wenn sie auch nicht so leicht zu erreichen sein dürfte.

Das in Rede stehende Actenstück zeichnet sich, wie fast alle Mittheilungen, welche Präsident Hayes der Bundesgesetzgebung der Vereinigten Staaten bisher gekommen ließ, durch einen gemäßigten, staatsmännischen Charakter aus, der sich frei hält von jedem einseitigen, verbissenen Parteistandpunkt; andererseits sind aber doch auch darin diejenigen leitenden Grundsätze, zu deren Verwirklichung Herr Hayes f. B. gewählt wurde und die auch in der letzten Präsidentenwahl von der Mehrheit des amerikanischen Volkes als für eine einheitliche und freie Nation durchaus nothwendig anerkannt wurden, mit größter Bestimmtheit festgehalten worden.

Gleich nach den einleitenden Worten, worin der Präsident sich und den Volksvertretern Glück wünscht zu der andauernd wachsenden Prosperität des Landes und zu den friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum Auslande, hebt er scharf die Opposition hervor, welche noch immer in mehreren der frühern Sklavenstaaten gegen die Ausübung des durch die Landesgesetze gewährleisteten vollen Bürgerrechtes der farbigen Rasse gemacht wird. Diese Opposition, meint er, habe sich bei der letzten Präsidentenwahl vielleicht nicht so sehr in offenen Gewaltthätigkeiten, als vielmehr in „betrügerischen Manipulationen“ (fraudulent practices) am Stimmkasten gezeigt, indem man durch falsche Zählung der abgegebenen Stimmen das den befreiten Negeru verleiheue Stimmrecht illusorisch gemacht habe. Daß sich dies so verhält, wird sich, wie in jüngster Zeit aus Amerika berichtet wird, sehr bald im nächsten Congress, der im März d. J. zusammentritt, zeigen, indem gegen die Wahlen verschiedener Repräsentanten aus den Staaten Alabama, Nord- und Südcarolina, Mississippi, Louisiana und Florida mit Erfolg Protest erhoben werden wird. Diese

Wahlen betreffen durchweg demokratische Abgeordnete. Bei dieser Gelegenheit berührt Präsident Hayes den sectionellen Particularismus, der bisher vorzugsweise von der Demokratie der Südstaaten gepflegt wurde, indem man den „einigen Süden“ dem „einigen Norden“ feindlich gegenüberzustellen bemüht war. „Es ist der klar und bestimmt ausgesprochene Wunsch aller guten Bürger der Union,“ heißt es, „daß jeder sectionelle Hader (sectionalism) in politischen Fragen schwinden soll. Jeder wahrhaft sein Vaterland liebende Bürger will, daß kein besondrer Landestheil sich in geschlossener Opposition (in solid opposition) einem andern Landestheile gegenüberstelle. Die Neigung, den Vorschriften der Constitution, die allen Bürgern, ohne Unterschied des Standes und der Farbe, gleiche Rechte vor dem Gesetze gewährt, nicht gern und freudig zu gehorchen, verhindert das Aufhören particularistischer Streitigkeiten. Die Errungenschaften des Bürgerkrieges, wie sie in den betreffenden Zusätzen zur Constitution Ausdruck gefunden haben, sollen und müssen aufrecht und in Kraft erhalten werden. Nur wenn dies geschieht, werden Regierung und Volksvertretung mit Erfolg die wichtigsten Fragen, welche sich auf die Verwaltung, das Zoll- und Steuerwesen, die Finanzen, die Erziehung und andre innere Angelegenheiten beziehen, lösen können.“ Ganz besonders betont der Präsident die hohe Bedeutung einer guten Volkserziehung. „Für Bildungs- und Erziehungszwecke,“ sagt er, „kann eine Regierung niemals genug thun. Mit einer rationellen Volkserziehung gehen Friede, Tugend, Ordnung, bürgerliche und religiöse Freiheit Hand in Hand.“ Es ist dem auch noch vor Schluß des letzten Jahres im Bundesenate eine Bill mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden, die Vorkehrungen dafür trifft, daß namentlich in den frühern Sklavenstaaten mehr für Unterricht und Erziehung gethan werden kann, als dies bisher der Fall war.

Auf die vielbesprochene Civildienst-Reform übergehend, empfiehlt die Botschaft das bereits theilweise angewandte System der Examination der einzelnen Amtsbewerber, welches sich in größern Städten, z. B. in New-York, bei Anstellungen im Zollfache und im Postdienste, trefflich bewährt habe. Das schnelle Wachsen der Bevölkerung der Union (dieselbe zählt nach dem im Jahre 1880 aufgenommenen Census mehr als 51 000 000 Einwohner) macht eine Vermehrung der Unionsbeamten nothwendig. Dies ist ein neuer Grund, weshalb der Präsident auf eine bessere, die Corruption vermeidende Regulirung des öffentlichen Amtenwesens dringt. Mit größter Entschiedenheit verwirft er das seit der Administration des Präsidenten Jackson, also seit 1829 eingeführte sogenannte „Beutesystem“, wonach bei einem jedesmaligen Präsidentenwechsel die Anhänger der besiegten Partei aus den öffentlichen Amtern entlassen wurden und den Anhängern der siegreichen Partei Platz machen mußten. „Es giebt kein größeres Hinderniß,“ sagt Herr Hayes, „in der Verbesserung des Civildienstes, als das Beutesystem (the spoils system), unter dessen Herrschaft die Anstellungsgewalt in so großem Maße in die Hände der Congressmitglieder gefallen ist. Der erste Schritt zu einer durchgreifenden Civildienst-Reform besteht darin, daß hinsichtlich der Amterbesetzung die Rechte des Congresses und der Exekutivgewalt scharf von einander geschieden werden. Die verderbliche, der schlimmsten Corruption Vorschub leistende Lehre, daß dem Sieger die Beute gehöre, führt direct zur Congresspatronage. Wie die Sachen jetzt liegen, herrscht bei den Amtersuchenden und im Volke überhaupt die Ansicht, daß die Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Bundesenates das Recht haben, über die in ihren Wahlbezirken und Staaten zu besetzenden Bundesämter nach Belieben zu verfügen. Eine nähere Schilderung der Uebelstände, die hieraus hervorgehen, ist überflüssig. Nach den Vorschriften der Constitution

steht dem Präsidenten und den einzelnen Departementschefs das Recht zu, Beamte für Bundesämter in Vorschlag zu bringen oder zu ernennen. Der Bundesssenat hat das Bestätigungsrecht, das Repräsentantenhaus das Recht, pflichtbergessene Unionsbeamte in Anklagezustand zu versetzen.“ In diesem Sinne empfiehlt Präsident Hayes mit Recht ein heilsames Zusammenwirken der Executive und der Legislative, denn den Volksvertretern mag ohne Schaden für das Gemeinwesen der Union das Bestätigungs- und das Anlagerecht zugestanden werden, aber niemals das imperative Befetzungsrecht öffentlicher Aemter.

Der nächste Punkt, den die Botschaft berührt, betrifft die Mormonenfrage. Da die politische Machtstellung der Mormonensecte in steter Zunahme begriffen sei und in die reichsten und wichtigsten Territorien (namentlich in das Territorium Idaho) eindringe, so müsse es seitens der Bundesgewalt mit dem Temporistren und den halben Maßregeln ein Ende nehmen. Religionsfreiheit sei zwar eine der Grundbedingungen freier Institutionen, aber die Heiligkeit der Ehe und der Familienbande sei auch der Grundstein der amerikanischen Gesellschaft und der Civilisation überhaupt. Hiermit stehe die Polygamie der Mormonen in schneidendem Widerspruch. Da aber die Macht der Unionsregierung und des Congresses, angemessene Geseze zum Schutze der Territorien zu geben, nach der Verfassung eine unbeschränkte sei, so sei es empfehlenswerth, daß durch Bundesbeschluß für die Verwaltung des Territoriums Utah eine Behörde eingesetzt werde, welche aus einem Gouverneur und Richtern oder Commissären bestehe, die mit Zustimmung des Senats vom Präsidenten ernannt würden, analog der provisorischen Regierung, welche durch die Ordinanz vom Jahre 1787 für das Territorium nordwestlich vom Ohioflusse ins Leben gerufen wurde. Wollte man jedoch die bisherige Form der Localregierung noch weiter bestehen lassen, so sei es durchaus rathsam, das politische Stimmrecht, das Recht, öffentliche Aemter zu bekleiden und als Geschworne im Territorium Utah zu dienen, auf diejenigen zu beschränken, welche weder das Institut der Polygamie selbst ausüben, noch es begünstigen und aufrechterhalten helfen. Durch solche oder ähnliche durchgreifende Maßregeln könnten die jetzigen Uebelstände in Utah sehr wohl gehoben und das Gebiet innerhalb weniger Jahre zu einem der blühendsten und kräftigsten der neuen Unionsstaaten gemacht werden.

Diese Vorschläge des Präsidenten Hayes sind gewiß wohlbegründet, und es wäre in der That an der Zeit, daß die Eifersüchteleien und Animositäten der beiden großen Parteien, der Republicaner und der Demokraten, bei Seite gesetzt würden, und daß der Congress in Uebereinstimmung mit der Bundesregierung dem die Einheit und die Conformität der Union gefährdenden Mormonenunwesen gründlich ein Ende machte. Bis jetzt fanden die Mormonen noch immer einen geheimen Bundesgenossen an der demokratischen Partei, weil diese hoffte, wenn Utah mit der Mormonenwirthschaft ein Staat würde, in den Mormonen Parteifreunde zu gewinnen. Waren doch die Mormonen während des Bürgerkrieges der südlichen Rebellion eher zu als abgeneigt.

Der vierte Punkt von allgemeiner Bedeutung, den Präsident Hayes in seiner Botschaft hervorhob, betrifft den projectirten Canal durch Centralamerika. Herr Hayes wiederholte hier seine schon in einer frühern Congressbotschaft gethane Aeußerung, „daß es das Recht und die Pflicht der Vereinigten Staaten sei, die leitende Oberaufsicht (supervision and authority) über jeden interoceanischen Canal durch den Isthmus, der Nord- und Südamerika verbindet, in Anspruch zu nehmen und zu behaupten.“ Zur Begründung dieser seiner Ansicht wies er auf die Be-

stimmungen eines zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik von Columbia abgeschlossenen Vertrages hin, wonach der nordamerikanischen Union als der bedeutendsten Handelsmacht der westlichen Hemisphäre die Berechtigung zukommt, die erwähnte Welthandelsstraße zu beaufsichtigen. Am 12. December kam diese Angelegenheit auch schon im Congresse zur Sprache, und die betreffende Bill, welche das Oberaufsichtsrecht der Vereinigten Staaten wahrte, wurde nach kurzer Debatte dem Ausschusse für äußere Angelegenheiten überwiesen. Die Hauptgegner des Lesseps'schen Planes sind in Amerika die Befürworter des Nicaraguacanal's, zu denen in erster Linie der bei den amerikanischen Geldmännern in hohem Ansehen stehende Ex-Präsident Grant gehört. Am 14. December wurde auch im Repräsentantenhause des Congresses eine Bill von dem Abgeordneten Levi P. Morton eingebracht, welche die Incorporation der Nicaraguacanal-Compagnie bezweckt und dem Handelsausschusse überwiesen wurde. Nach neuern Nachrichten hat diese Bill, die vorzugsweise von den Vertretern der atlantischen und Golfstaaten in der Bundeslegislatur unterstützt wird, alle Aussicht auf baldige Annahme. Inzwischen bereist der durch seine Mississippi-Bauten rühmlichst bekannte und einflußreiche Ingenieur Gads aus Missouri den Isthmus von Tehuantepec, um dort einen passenden Weg für einen interoceanischen Canal zu finden. Somit liegen denn drei Projecte für einen solchen Canal vor, und man darf mit Recht gespannt sein, was das Endresultat dieser für den Welthandel so bedeutungsvollen Concurrenzunternehmungen sein wird.

Bezüglich der Finanzfrage, des Glanzpunkts der amerikanischen Politik, glaubt Präsident Hayes constatiren zu können, daß die Finanzlage der Vereinigten Staaten günstiger sei als die irgend eines andern Landes der Erde. Die Gesamtsumme der Einnahmen während des mit dem 30. Juni 1880 abschließenden FISCALJAHRES war 333 526 610 Dollars, d. h. ein Mehrbetrag gegen das Vorjahr von 59 699 426 Dollars. Die Einnahmen des laufenden Finanzjahres werden auf 350 000 000 Dollars geschätzt und der Ueberschuß auf 90 000 000 Dollars. Die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten, mit Abzug des Baarbetrages im Schatzamte und der laufenden Zinsen, erreichte im August 1865 ihr Maximum mit 275 643 1571 Dollars; sie wurde seitdem auf 188 601 9504 Dollars reducirt. Im Jahre 1865 schuldeten die Vereinigten Staaten mit Ausnahme Großbritannien's mehr als irgend eine andere Nation der Welt; im Jahre 1880 dagegen schuldeten sie weniger als Frankreich, Rußland, Spanien, Oesterreich-Ungarn und Italien. Präsident Hayes empfiehlt nun im Einklange mit dem Finanzminister John Sherman dem Congreß, Vorkehrungen zu treffen, daß die Schulden der Union, welche demnächst (1881) fällig werden oder jetzt bereits fällig geworden sind, zu einem niedrigeren Procentsatz (3,65 Procent) refundirt werden möchten; ebenso räth er zur Einziehung der sogenannten Legaltender-Noten, welche Zwangscours haben, und zur Prägung von einer nicht zu großen Anzahl von Silberdollars, die jedoch gleichwerthig mit dem Golddollar sein sollen, so daß sich die Union immer mehr der reinen Goldwährung nähern würde. Wie die Sachen jetzt liegen, haben die Bestrebungen der Silber- und Papiergeldleute, die bisher stark in der demokratischen Partei vertreten waren, wenig Aussicht auf Erfolg; die von der Partei der Republicaner stets festgehaltene Politik, prompt und gewissenhaft die Staatsschuld in vollgiltigem Gelde zu bezahlen, hat den Sieg davongetragen. Ob und in wie weit der erwähnte Refundirungsplan von dem jetzt tagenden Congreße angenommen werden wird, bleibt zweifelhaft; sollte der Congreß durch politische Parteizänkereien daran verhindert werden, in dieser Angelegenheit definitive Schritte zu thun, so

würde sich eine Extrazinsung des nächsten Congresses, in welchem die Republicaner im Repräsentantenhause die Mehrheit haben, nöthig machen, da die sechsprocentige Anleihe vom Februar 1861 im Betrage von 13 414 000 Dollars schon am 31. December 1880 zahlbar geworden ist.

Was den Handelsverkehr mit dem Auslande anlangt, so bemerkt die Botschaft, daß sich derselbe in beständiger Zunahme befinde. Ganz vortrefflich hat sich das von dem Staatssekretär Ewarts in erweitertem Maße angewandte System der genauern Berichterstattung seitens der verschiedenen amerikanischen Consuln über die Handelszustände und die Bedürfnisse fremder Länder bewährt. Für die Veröffentlichung und weitere Ausdehnung solcher Berichte verlangt der Präsident die Bewilligung der nöthigen Geldmittel, die sich doppelt und dreifach verzinsen würden. Die Wichtigkeit der Handelsverbindungen mit Südamerika, Westindien und den Staaten am Golf von Mexiko, so wie mit Japan, China, Ostindien, Australien und den Inselgruppen im Stillen Meere verdienen die volle Würdigung des Congresses. Außerdem solle die Bundesgesetzgebung legislative Schritte thun zu Herstellung eines telegraphischen Kabels von San Francisco nach den Sandwichinseln und von dort nach Japan und Neuholland. Für die Hebung und Pflege der Handelsmarine müsse möglichst gesorgt werden. Für die Förderung öffentlicher Bauten im Interesse des Handels, für Canal-, Fluß- und Eisenbahnbauten, seien erfolgreiche Schritte geschehen, doch bleibe noch manches zu thun übrig.

Was die Justizpflege betrifft, empfiehlt die Botschaft namentlich die Anstellung mehrerer neuer Richter beim Oberbundesgerichte, da der höchste Gerichtshof der Union mit Arbeiten überbürdet sei. Auf den Rath des Kriegsministers verlangt der Präsident die nöthigen Geldmittel, um das stehende Bundesheer von 25 000 auf 30 000 Mann erhöhen zu können, ebenso rath er in Uebereinstimmung mit dem Marineminister in Anbetracht der weitausgedehnten Küsten der Vereinigten Staaten dringend zur Vermehrung der Kriegsflotte und zur bessern Befestigung mancher Seeplätze. Im Postdepartement hat sich ein Deficit von 3 630 757 Dollars herausgestellt, da verschiedene neue Postämter etablirt und neue Postouten gegründet werden mußten. Zum bessern Verkehr mit Mexiko, Central- und Südamerika wird die Errichtung neuer Dampfer-Linien empfohlen.

Besonders wichtig und interessant ist der Bericht des Ministers des Innern, Karl Schurz, dem der Präsident sich in allen Hauptpunkten anschließt. Mit großer Genugthuung kann Herr Hayes hier constatiren, daß die Indianer-Angelegenheiten noch nie zuvor so günstig gestanden haben wie gegenwärtig. Die Indianer haben gute Fortschritte in der Landwirthschaft, der Viehzucht und der Erlernung von Handwerken gemacht; viele, die noch vor wenigen Jahren der Regierung feindlich gegenübergestanden, haben sich friedlich auf Farmen niedergelassen, auf denen sie Häuser gebaut haben und ein civilisirtes Leben führen. Der Ehrgeiz, sich durch ihrer Hände Arbeit selbst zu ernähren, ist gewachsen. Die Organisation eines aus Indianern bestehenden Polizeicorps hat viel zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem für die Rothhäute reservirten Ländereien beigetragen. Ein höchst günstiges Resultat ist durch die Errichtung von Indianerschulen, wo Mädchen und Knaben in der englischen Sprache, in Hausarbeiten, in der Ackerwirthschaft und in verschiedenen Handwerken unterrichtet werden, erzielt worden. Solche Schulen bestehen z. B. zu Hampton in Virginien, zu Carlisle in Pennsylvanien und zu Forest Grove in Oregon. Der Präsident empfiehlt, daß der Congress größere Summen zu solchen Zwecken bewilligen möchte. Das letzte Jahr ist außergewöhnlich frei von Unruhen unter den Indianerstämmen gewesen. Was die Forstkultur

anlangt, so konnte leider wegen der geringen Geldbewilligungen nichts genügendes geschehen; die Verwüstung der öffentlichen Waldländereien dauert noch vielfach fort. Für Hebung des Ackerbaus ist manches gethan worden, so haben sich z. B. die Bemühungen um Production von Zucker und Thee gut belohnt. Das Schulwesen ist, so weit es Bundesache, thunlichst gehoben; auch sind die geologischen Forschungen in Bezug auf Mineralschätze erweitert worden. Der Verkauf von öffentlichen Ländereien an wirkliche Ansiedler hat eine große Zunahme gezeigt; ebenso ist dem Patentwesen die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen worden.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Präsident Hayes dem Congreß den Vorschlag gemacht hat, daß General Grant in Anbetracht seiner der Union im Bürgerkriege geleisteten außerordentlichen Dienste zum „General-Capitän“ der amerikanischen Armee ernannt werde.

R. D.



Politische Briefe.

3. Die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle in ihrem Berufe.



it dem Gesetzentwurfe, welchen für den obengenannten Zweck der Reichskanzler unterm 13. Januar dem Bundesrathe vorgelegt hat, ist ein Schritt geschehen, der vielleicht die ernsthafteste Epoche der Socialpolitik einleitet, indem er den Uebergang bildet vom theoretischen Experimentiren auf diesem Felde zum wohlbedachten praktischen Angriff. Es ist gewiß von Bedeutung, daß in der Begründung dieses Gesetzentwurfs der Staatssocialismus verkündigt wird, indem das Bedenken zurückgewiesen wird, in die Gesetzgebung ein socialistisches Element einzuführen. Der Staatssocialismus, der Socialismus der Gesetzgebung und folglich der Verwaltung, ist also nicht mehr verpönt. Lange hatte die deutsche Manchester-*schule* das Wort und mit dem Worte die Sache zu ächten gesucht. Der Reichskanzler durchbricht diesen Bann. Die Sache wird als richtig, als unumgänglich, als wohlthätig anerkannt, und die Sache soll sich nicht unter einem falschen Namen verbergen. In diesem Zuge tritt der Charakter des Reichskanzlers hervor.

Aber ist denn der Staatssocialismus nicht ebenso schlimm, beinahe so schlimm oder am Ende gar noch schlimmer als die Socialdemokratie, gegen die seit zwei Jahren schwere Ausnahmemassregeln verhängt werden? Wir wollen den Unterschied beider angeben, der in einer Reihe entscheidender Eigenschaften besteht.